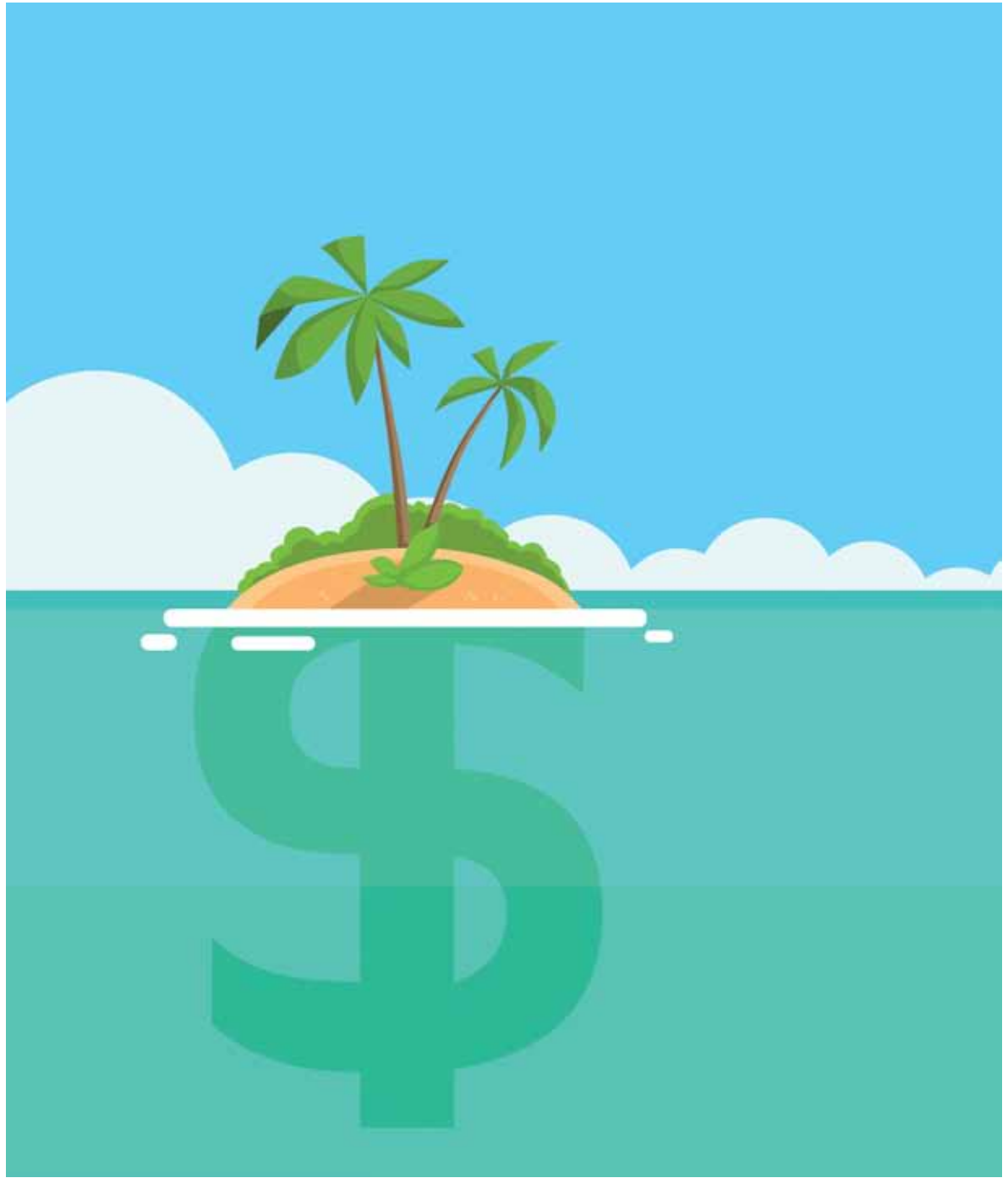


Paradise Watch
Von Steuern, Oasen und Inseln



AFRIKA
SÜD

Inhalt

03 Erst das Fracking, dann die Moral

Der Energiekonzern Kalahari Energy Limited hat hydraulisches Fracking in Botswana betrieben und wurde wegen seiner Verbindung zu Steueroasen auf die »List of shame« gesetzt. Von Ntibinyane Ntibinyane und Vincent Matumo.

07 Mauritius – winzige Steueroase im riesigen Offshore-System

Die Mauritius Leaks offenbaren, wie auf der Insel über ein ausgeklügeltes Finanzsystem Steuereinnahmen aus armen Ländern zurück in die Kasse westlicher Unternehmen und afrikanischer Oligarchen gelenkt werden. Von Will Fitzgibbon.

18 Endlose Steuerskandale?

Auszüge aus einer Stellungnahme von Oxfam.

Die geheimen Wege des schmutzigen Geldes

Die **Panama Papers** von 2016 und die ein Jahr später veröffentlichten **Paradise Papers** sind vertrauliche Unterlagen über Steuerhinterziehung und Geldwäsche, die über riesige Daten-Leaks aus Anwaltskanzleien an die Presse gelangt sind. Die Panama Papers umfassen 11,5 Millionen Dokumente in Form von E-Mails, PDFs und Fotodateien sowie 214.000 Briefkastenfirmen.

Weitere 13,4 Millionen Dokumente umfassen die Paradise Papers, deren Auswertung am 5. November 2017 gleichzeitig weltweit durch Journalisten des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) öffentlich gemacht wurde. Nicht wenige Prominente haben sie in Erklärungsnot gebracht, zeigen die Recherchen doch, wie von Milliardären, Staatschefs, Diktatoren und Sportstars weltweit mittels Geldwäsche und Verschleierung – unter anderem über die Gründung von Briefkastenfirmen und die Nutzung von Offshore-Steueroasen – Steuervermeidung und Steuerhinterziehung betrieben wurde und wird.

Paradise Watch ist eine auf vier Ausgaben angesetzte Dossier-Reihe von afrika süd über illegale Kapitaltransfers aus einigen Ländern des südlichen Afrika. Sie beleuchtet die Rolle der regionalen sowie europäischen Offshore-Zentren bei der Kapitalflucht aus Afrika und transnationaler Wirtschaftskriminalität.

Impressum

Paradise Watch 4/2019
afrika süd-Dossier zu den Panama und Paradise Papers
Bonn, September 2019
Redaktion: Lothar Berger (V.i.S.d.P.), Daniel Düster

Herausgeber:
informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369, E-Mail: info@issa-bonn.org
www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Titelbild: Mast3r | Dreamstime.com
Gestaltung: Jan Philipp Huss, jp.huss mediadesign
Layout: Nikolai Link

Die Reihe »Paradise Watch« wird gefördert von der Rosa Luxemburg Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht unbedingt den Standpunkt der Rosa Luxemburg Stiftung wieder.

Erst das Fracking, dann die Moral

Minderheitenvertreter und Umweltaktivisten werfen dem Energiekonzern Kalahari Energy Limited vor, hydraulisches Fracking in Botswanas Zentralbezirk betrieben zu haben. Das Unternehmen wurde daraufhin auf die »List of shame« gesetzt, die das INK Centre for Investigative Journalism (CIJ) und die Botswana Gazette, im Zusammenhang mit den Panama Papers erstellt haben.



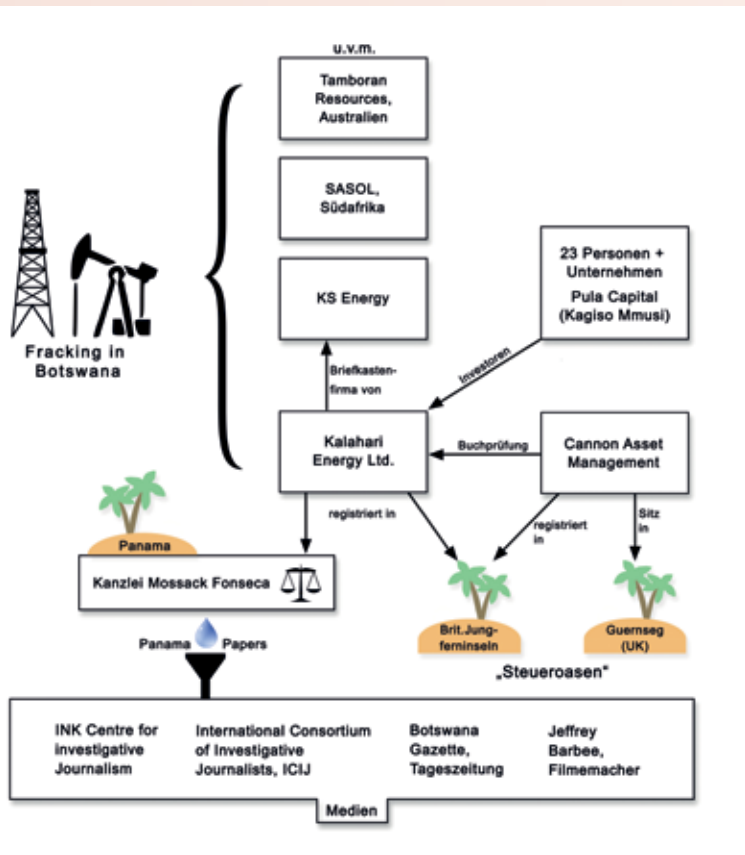
Sonnenuntergang über der Kalahari. Foto: Giampaolo Cianella / dreamstime.com

Kalahari Energy Limited wurde, gemeinsam mit mehr als 20 anderen Unternehmen, in einer Dokumentation von 2013 mit dem Titel »The High Cost of Cheap Gas« des britischen Filmemachers Jeffrey Barbee für seine Fracking-Praxis kritisiert. Der Film, gefördert von der Open Society Initiative of Southern Africa (OSISA), deckte Fälle von Fracking im Zentral-Kalahari-Wildreservat auf, dem zweitgrößten Naturschutzgebiet der Welt.

Unterlagen, die das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) veröffentlicht hatte, dokumentieren detailliert die Geschäfte der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca aus Panama. Hierin tauchen über einhundert in Botswana ansässige Unternehmen als Aktionäre oder Direktoren von Offshore-Einrichtungen auf, die in Ländern mit ausgeprägtem Bankgeheimnis und in Steueroasen registriert sind. Zu den prominentesten Namen gehören der Richter und Präsident des Berufungsgerichts, Ian Stuart Kirby, ein enger Vertrauter des ehemaligen Präsidenten Ian Khama, sowie Farouk Ismail, Multimillionär

und Gründer des internationalen Lebensmittelkonzerns Choppies.

Detaillierte Dokumente, darunter die Protokolle und Aktienregister des Unternehmens, die vom INK Centre for Investigative Journalism gesichtet wurden, zeigen die starke Abhängigkeit des Energiekonzerns von Steueroasen und Treuhändern, denen vorgeworfen wird, diskreditierten Personen und Unternehmen geholfen zu haben, Gelder in Steueroasen zu verstecken. Die Kanzlei Mossack Fonseca soll laut Mail-Korrespondenz für die Buchhaltung und Registrierung von Kalahari Energy in Panama und den Britischen Jungferninseln zuständig gewesen sein. Die Dokumente zeigen außerdem, dass die externen Sekretäre und Wirtschaftsprüfer des Unternehmens, Cannon Asset Management Limited – obgleich auf den Jungferninseln registriert – ihren Sitz in Guernsey haben, einer weiteren Insel, die als Steueroase gilt.



Stand 26. Juli 2015 sollen laut der vorliegenden Dokumente 23 Personen in Kalahari Energy investiert haben, entweder mit botswanischem Pass oder über ein botswanisches Unternehmen. Der bekannteste Investor ist wohl Pula Capital, eine Firma von Kagiso Thomas Mmusi und Louisa Lodovica Mmusi. Kagiso Mmusi ist der ehemalige stellvertretende Schatzmeister der Botswana Democratic Party und der Sohn des verstorbenen Vizepräsidenten Peter Mmusi. Mmusi weigerte sich, auf Fragen einzugehen, ob er sich als Aktionär über die Geschäfte zwischen Kalahari Energy und Mossack Fonseca bewusst war.

Mysteriöse Existenz: Kalahari Energy

Bemühungen, Führungskräfte von Kalahari Energy zu erreichen, erwiesen sich als schwierig, da die Firma weder einen Online-Auftritt noch eine Postanschrift in Gaborone besitzt. Laut dem Registrator des Firmenbüros ist außerdem unklar, ob das Unternehmen immer noch tätig ist. »The Ferret« zufolge, einem in Schottland ansässigen investigativen Nachrichtendienst, erfuhr das Unternehmen durch die Veröffentlichung der Dokumentation von 2013 einen herben Rückschlag. Laut The Ferret gibt es Hinweise darauf, dass »Gewinne von Kalahari Energy nun von der Handelsfirma KS Energy abgewickelt werden«. Tatsächlich stecken, wie Informationen von Botswanas Unternehmensregister und KS Energys eigener

Firmenwebsite zu entnehmen ist, einige bekannte Gesichter hinter Kalahari Energy, die heute für KS tätig sind.

Same Makuku, die Geschäftsführerin von KS Energy, ließ verlauten, dass KS Energy und Kalahari Energy zwar zu einem bestimmten Zeitpunkt Teil derselben Gruppe waren, sie aber seit Juni 2014 nicht mehr als Schwestergesellschaften existieren. Jegliche gemeinsamen Kapitalbeteiligungen zwischen den beiden Unternehmen stritt sie ab. Anfragen verwies Makuku stattdessen an Mokwaledi Ntsimanyana, einem Aktionär und leitenden Angestellten von Kalahari Energy. Bemühungen, Ntsimanyana zu erreichen, waren allerdings nicht erfolgreich.

Indessen gab Kalahari Energy 2013 Fracking-Aktivitäten zu, stritt aber ab, dass diese schädlich für die Umwelt seien. Während einer Tour zu den Bohrplätzen bezeichnete Ntsimanyana lokalen Medien gegenüber die Berichterstattung internationaler Medien zu Fracking als böswillig. Die Medien wollten angeblich nur dem Image des Unternehmens schaden.

Trotz des Rätsels um die Existenz von Kalahari Energy gab eines der Vorstandsmitglieder in einem Dokument vom 19. Juni 2015, einer Mittelherkunftserklärung von Mossack Fonseca, an, dass die der Kanzlei anvertrauten Mittel Rücklagen aus »Gasförderungen in der Kalahari« seien. Die Höhe des Betrages wurde nicht genau angegeben.

Fracking-Vorwürfe

Wie erwähnt, deckte im Jahr 2013 ein von OSISA geförderter 55-minütiger Dokumentationsfilm mit Fotoausstellung erstmals Fälle von Fracking in etwa 121 Gebieten von Botswana auf.

Der Film offenbarte, dass die botswanische Regierung insgeheim Schürflizenzen an Unternehmen vergeben hatte, ohne die Bewohner der betroffenen Gebiete zu konsultieren, was zuvor von der Regierung geleugnet wurde. Dem Film zufolge haben die südafrikanische Firma SASOL, das in Australien ansässige Unternehmen Tamboran Resources sowie Anglo American, Tlou Energy, Kalahari Energy Exxaro und viele andere nach Kohlenflözmethan (CBM) gebohrt, ohne dass eine öffentliche Debatte über diesen Industriezweig stattgefunden habe, insbesondere zu den ernstesten Gefahren, die diese Großprojekte für die Umwelt und die Gemeinden darstellen. Eine Woche nach Erscheinen der Doku gab Botswanas Regierung zu, dass Fracking stattgefunden hatte und dass 121 Lizenzen über weite Landgebiete vergeben worden waren.

Dem Film zufolge erfordert der Prozess für die Förderung von natürlichem Gas große Mengen an Wasser, gemischt mit einem geheimen Chemikaliengemisch, das in das Loch gepumpt wird. Der Film stellte folgende Fragen: »Da die vorgeschlagenen Gebiete zur Förderung überwiegend Wüsten sind, gibt es eine offenkundige Sorge darüber, wo die Milliarden Liter Wasser herkommen sollen. Darüber hinaus ist die reale Möglichkeit einer großflächigen Verschmutzung der wenigen wertvollen sauberen Wasserressourcen ein enorm hoher Preis für diese Förderung.«

In einem Interview mit The Ferret erklärte Barbee, der Regisseur hinter dem bahnbrechenden Film, er habe nicht den geringsten Zweifel, dass Kalahari Energy und andere Fördergesellschaften am Fracking beteiligt waren. »Zu der Zeit, als sie Wasser aus den Kohlemethanflözen hochpumpten, hatten sie bereits hydraulisch gefrackt, um auf thermogenes Methangas zu testen. Sie sagten uns, dass sie sowohl an ihrem Standort als auch im Süden gute Gaserträge hätten. Als wir den Film Ende 2013 veröffentlichten, legten wir darin dar, dass keine Bohrfirma vor den Bohrarbeiten verpflichtet wurde, Umweltmanagementpläne einzureichen oder andere grundlegende Umweltvorschriften in Botswana einzuhalten. Doch die Regierung leugnete rundheraus, dass irgendjemand im Land hydraulisches Fracking betrieben habe.«

Als die Fracking-Vorwürfe das erste Mal aufkamen, wurde die Praxis von Minderheitenvertretern scharf verurteilt. So sagte Keikabile Mogodu, Geschäftsführer des Rats der Khwedom (eine NRO, die die Rechte des Volks der San bzw. Basarwa unterstützt, die zum Teil im Central-Kalahari-Wildreservat wohnen), die Praxis sei nicht willkommen, denn man sei nicht gefragt worden, als den Unternehmen Lizenzen von der Regierung vergeben wurden. Kitso Mokaila, der Minister für Bodenschätze, Wasser und Energieressourcen Botswanas, konnte in keine kontroverse Diskussion rund um die Fracking-Vorwürfe im Zentral-Kalahari-Wildreservat zu den von der Regierung lizenzierten Bergbaugesellschaften verwickelt werden. Er beharrte jedoch darauf, dass die Regierung Fracking nicht unterstütze und diese Erschließungsmethode auch niemals unterstützt habe.

Botswana verliert Milliarden

Studien des internationalen Finanznachrichtendienstes Global Financial Integrity zufolge hat Botswana zwischen 2003 und 2012 durch illegale Finanzströme im Durchschnitt 8,5 Milliarden Pula (856 Millionen US-Dol-

lar) jährlich verloren. Besonders hoch war der Kapitalabfluss in den Rezessionsjahren 2007, 2008 und 2009. Die Abflüsse sind gekennzeichnet durch Steuerhinterziehung, Fehlrechnungen bei Handelswarengeschäften, Fehlbewertungen bei Dienstleistungen und Fluchtgeldflüsse in Länder mit höheren Zinssätzen oder erwarteten Zinsänderungen. Dies alles passiert im Kontext eines afrikanischen Kontinents, der jährlich über 60 Milliarden US-Dollar durch illegale Finanzaktivitäten verliert.

Offshore-Steuroasen verbreiten sich durch neue Computer- und Telekommunikationstechnik, schaffen noch nie dagewesene Steuerbegünstigungen und ermöglichen reichen Bürgern und Großunternehmen, dem nationalen Steuersystem zu entfliehen. Wohlhabende Steuerhinterzieher sichern sich Millionen, während der öffentliche Dienst und die Infrastruktur sowohl in ihren Heimatländern als auch in den Steuroasen stark unterfinanziert bleiben.

Daher kommen naturgemäß Fragen auf, wenn Geschäftsleute in diesen Hoheitsgebieten Kapitalgesellschaften zur Gestaltung ihrer Unternehmensstruktur nutzen. Warum sollte ein Unternehmen wie Kalahari Energy, das Gas in Botswana gewinnt, in einer tausende Kilometer entfernten Steuroase registriert werden, wo die wahren Inhaber durch Geheimhaltungsgesetze verschleiert sind? Sicherlich haben die Investoren von Kalahari Energy nichts zu verbergen.

Ntibinyane Ntibinyane und Vincent Matumo

Dieser Artikel wurde verfasst vom INK Centre for Investigative Journalism, einer nicht-kommerziellen Nachrichtenredaktion zur Förderung von investigativem Journalismus, in Zusammenarbeit mit dem International Consortium of Investigative Journalism, den African Centres of Investigative Reporting und der Tageszeitung Botswana Gazette.

Übersetzung: Hannah Würbel und Daniel Düster

<https://inkjournalism.org/612/botswanas-extractive-industries-when-profit-clashes-with-moralit/>

Was ist Fracking?

Die Geological Society of America beschreibt »hydraulic fracturing« (dt. etwa »hydraulisches Aufbrechen«, auch bekannt als »Fracking«) als eine Technik, die genutzt wird, um die Produktion von Öl oder Gas nach einer Bohrung anzukurbeln. Sie besteht aus der Injektion von einer Mischung aus Wasser, Sand und chemischen Zusätzen, die unter hohem, aber kontrolliertem Druck durch ein Bohrloch in eine öl- oder gas-haltige Gesteinsformation getrieben wird. Der Prozess soll kleine Risse in der Steinformation erzeugen und diese bis zu einer gewünschten Entfernung vom Bohrloch verbreiten, während Tempo, Druck und Timing der Flüssigkeitsinjektion kontrolliert werden. Ingenieure nutzen Druck und Charakteristika der Flüssigkeit, um die Frakturen auf den Zielhorizont zu begrenzen, üblicherweise liegt dieser einige hundert Fuß vom Bohrloch entfernt. Stützmittel (»Proppants«, vergüteter Sand oder manchmal anderes festes Material wie Keramikkügelchen) werden in die neu geformten Risse befördert, um sie nach Drucknachlass offen zu halten und Flüssigkeiten (üblicherweise Kohlenwasserstoff), die in den Felsen gelagert sind, effizienter durch die Spalten und Risse fließen zu lassen. Ein Teil der Fracfluide, die aus Wasser, Chemikalien und Stabilisatoren bestehen, verbleibt unter der Oberfläche. Ein Teil der Flüssigkeitsmischung jedoch, auch Rückflusswasser genannt, kehrt zur Oberfläche zurück, oft zusammen mit Öl, Erdgas und Wasser, das bereits natürlicherweise in der Gesteinsformation vorhanden war. Dieses natürliche Formationswasser ist bekannt als Produktionswasser und ein großer Teil davon ist stark salzhaltig. Der Kohlenwasserstoff wird von der an die Oberfläche zurückgekehrten Flüssigkeit getrennt und das Rückfluss- und Produktionswasser wird in Tanks oder ausgekleideten Gruben gesammelt.

Mauritius – winzige Steueroase im riesigen Offshore-System

Die Mauritius Leaks sind das Ergebnis einer Recherche des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) und 54 Journalistinnen und Journalisten aus 18 Ländern. Basierend auf einem Speichersatz von 200.000 vertraulichen Datensätzen aus dem Mauritius-Büro der Offshore-Kanzlei Conyers Dill & Pearman auf den Bermudas offenbaren die Mauritius Leaks, wie auf der Insel über ein ausgeklügeltes Finanzsystem Steuereinnahmen aus armen Ländern zurück in die Kasse westlicher Unternehmen und afrikanischer Oligarchen gelenkt werden.



Paradiesisch, auch für Steuern: Mauritius. Foto: Hellen8 / dreamstime.com

Bob Geldofs Beteiligungsfonds »8 Miles« wollte eine Hühnerfarm in Uganda kaufen, einem der ärmsten Länder der Welt. Doch zuerst musste der Fonds noch etwas erledigen. Nachdem er in den 1980er-Jahren mit der Organisation von Live Aid und anderen Aktionen gegen Hunger berühmt geworden war, zog es den ehemaligen Rockstar der »Boomtown Rats« in die hochkarätige internationale Finanzwelt. Er gründete eine in Großbritannien ansässige Private-Equity-Firma, die auf eine 20-prozentige Rendite durch die Beteiligung an afrikanischen Unternehmen abzielte, so der Vermerk eines Investors.

Die Investitionen des Beteiligungsfonds sollten alle auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden. Doch die in London ansässigen Rechtsberater baten darum, einen ihrer Hauptsitze mehr als 2.000 Meilen entfernt auf

Mauritius einzurichten, wie aus einer Sammlung durchgesickelter Dokumente hervorgeht. Die winzige Insel im Indischen Ozean ist zu einem Ziel für die Reichen und Mächtigen geworden, um diskret Steuern zu vermeiden, inzwischen ist sie selbst ein finanzielles Schwergewicht.

Einer der Diskussionspunkte in der Entscheidung der Firma: »Steuergründe«, so die E-Mail, die von Londoner Anwälten an Mauritius geschickt wurde. Geldofs Investmentfirma erhielt die Genehmigung der Regierung von Mauritius, sich die obskuren internationalen Abkommen zunutze zu machen. Diese ermöglichen es Unternehmen, allerniedrigste Steuersätze auf der Insel und noch weniger an die hoffnungslos verarmten afrikanischen Nationen zu zahlen, in denen die Unternehmen Geschäfte machen.

»Auch ein kleines bisschen Geld kann den Unterschied ausmachen, ob ein armes Land eine große Infrastruktur aufbaut oder nicht«, sagte ein ugandischer Steuerbeamter gegenüber dem ICIJ.

Ein weiterer Vorteil, einen Hauptsitz auf Mauritius zu haben: Diskretion. Transaktionen von und nach Mauritius an lokale Einheiten – die erhebliche Auswirkungen auf die Steuerpflicht haben können – werden in vertraulichen Finanzberichten auf der Insel versteckt. Ein Sprecher von 8 Miles sagte dazu, internationale Institutionen der Entwicklungsfinanzierung seien unter den Investoren, die »verlangen, dass wir ihre Mittel in einer sicheren afrikanischen Finanzgerichtsbarkeit zur weiteren Investition in die verschiedenen afrikanischen Zielländer konsolidieren. Mauritius wird aufgrund seines guten Rufs von vielen Private-Equity-Investoren für diesen Zweck genutzt.«

Die afrikanischen Investitionen des Unternehmens genügten hohen Standards, so der Sprecher, »um Arbeitsplätze zu schaffen, lokale Gemeinschaften zu verbessern... und indem sie steigende Steuereinnahmen generieren, die die Regierungen der Länder unterstützen, in denen wir tätig sind.« Der Sprecher weiter: »Nur wenn wir ein Unternehmen verkaufen, werden die Verkaufserlöse an den Fonds auf Mauritius zurückgezahlt.« Geldof lehnte eine Stellungnahme ab.

„Zufluchtsort für skrupellose Unternehmen“

Die Mauritius Leaks, deren Daten aus den früher 1990er-Jahren bis 2017 stammen, geben einen Einblick in die Entwicklung der ehemaligen französischen Kolonie zu einem florierenden Finanzzentrum, zumindest teilweise auf Kosten ihrer afrikanischen Nachbarn und anderer kaum entwickelter Länder wie Uganda, wo über 40 Prozent der Bevölkerung von weniger als zwei Dollar pro Tag leben müssen.

Die Insel, die sich selbst als »Eingangstor« für Unternehmen in die Entwicklungsländer verkauft, hat zwei große Verkaufsargumente: Zum einen sind das Billigsteuersätze, doch vor allem eine Reihe von »Steuerabkommen« mit 46 meist ärmeren Ländern. Die in den 90er-Jahren von westlichen Finanzinstituten gepushten Verträge haben sich als Segen für westliche Unternehmen, ihre Rechts- und

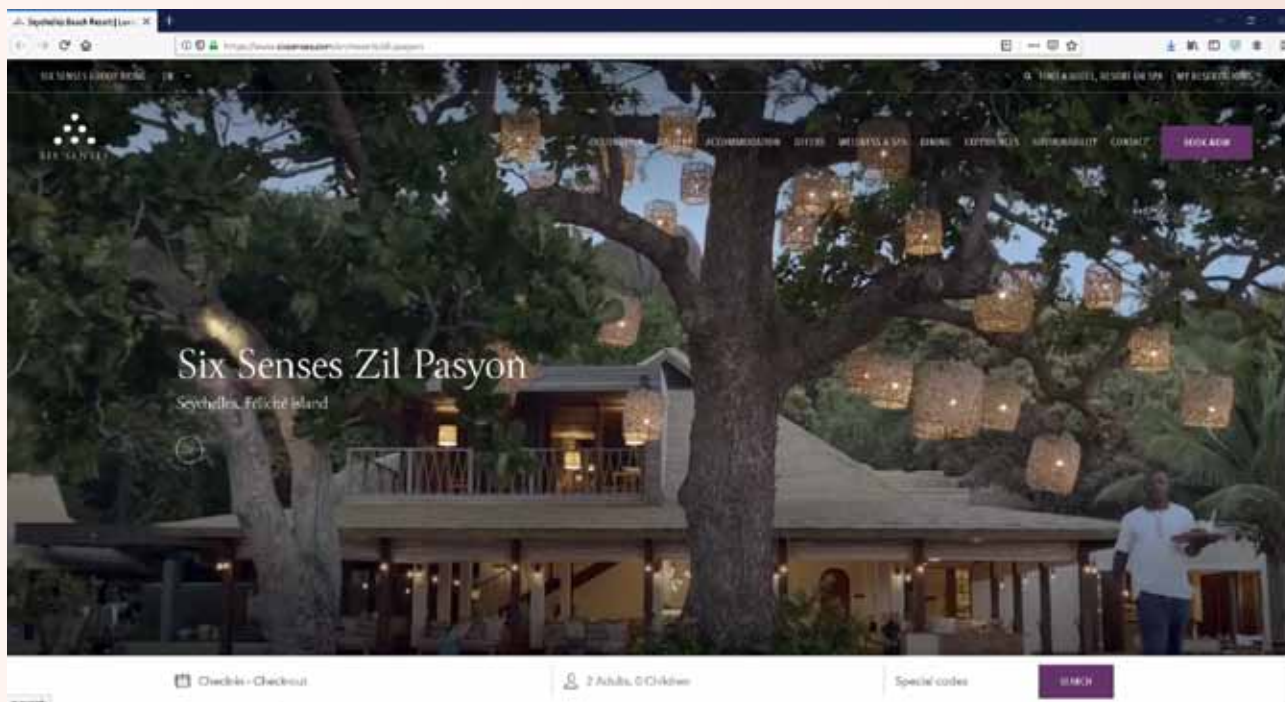
Finanzberater und Mauritius selbst erwiesen – und als Katastrophe für die meisten Vertragspartnerländer. »Was Mauritius zur Verfügung stellt, ist kein Eingangstor, sondern ein Zufluchtsort für skrupellose Unternehmen, die sich vor ihren Steuerpflichten drücken«, sagte Alvin Mosioma, Geschäftsführer des gemeinnützigen Tax Justice Network Africa.

Die durchgesickerten Aufzeichnungen – inklusive E-Mails, Verträge, Sitzungsprotokolle und Audioaufzeichnungen – geben einen Einblick in eine geschäftige Offshore-Kanzlei, die mit globalen Buchführungs- und Beraterfirmen zusammenarbeitet. Und dies für einige der größten Unternehmen der Welt und manche sehr wohlhabende Einzelpersonen. Sie alle haben ihren Weg zu einer Insel gefunden, die darauf ausgerichtet ist, den Reichen dabei zu helfen, Steuern in so weit entfernten Nationen wie den USA, Thailand oder Oman zu hinterziehen.

Der mauritische Finanzminister für gute Regierungsführung, Dharmendar Sesungkur, der den Offshore-Sektor des Landes beaufsichtigt, bezeichnete die Informationen von ICIJ als »überholt«. Unabhängige Organisationen, einschließlich der Weltbank, würden anerkennen, dass »Mauritius eine kooperative und saubere Gerichtsbarkeit ist, die bedeutende Fortschritte bei der Einhaltung internationaler Standards gemacht hat.« Mauritius habe »wichtige politische (ebenso wie legislative) Änderungen eingeführt«, meinte Sesungkur. Premierminister Pravind K. Jugnauth hat kürzlich strengere Vorschriften für Unternehmen angekündigt, die von den niedrigen Steuersätzen der Insel profitieren wollen; solche Unternehmen müssen auf Mauritius mehr Kontrolle und Aktivität ausüben und über qualifiziertere Mitarbeiter verfügen.

Wie man den Golf-Eliten den Popo pudert

Im Jahr 2012 suchten der US-amerikanische Philanthrop Craig Cogut und seine milliardenschwere Beteiligungsgesellschaft Pegasus Capital Advisors nach einem Sitz für die Managementzentrale eines ihrer neuen Investitionsobjekte. Sie fanden ihn 9.217 Meilen entfernt von Stamford, Connecticut, dem Heimatstandort des Unternehmens. Das Ganze wurde ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie Unternehmen von den Offshore-Tools von Mauritius profitieren können.



Luxusangebote auf der Six Senses-Webseite. Screenshot: issa

Ein Pegasus-Fonds hatte Six Senses gekauft, eine Marke für Luxushotels und Wellness-Ressorts mit mehr als 30 Niederlassungen auf vier Kontinenten. Six Senses, das von Hollywood-Stars und anderen globalen Schicki-Micki und Glamourgestalten besucht wird, trieft nur so vor Opulenz. Villen auf Privatinseln auf den Seychellen vor Ostafrika kosten bis zu 15.000 Dollar pro Nacht. Und das Al-Bustan-Palast-Spa in Oman, einem der weniger wohlhabenden Länder der arabischen Halbinsel, bietet etwa nach Geschlechtern getrennte Privatstrände an sowie personalisierte Gesichtspeelings aus lokal angebauter Nelke und Myrrhe.

Die Marke Six Senses, die sich in Werbebroschüren »der Fürsorge der Gastgeber (gemeint sind Mitarbeitende) und lokaler Gemeinschaften« brüstet, war eine natürliche Ergänzung zum Portfolio von Pegasus. Das Unternehmen mit einem verwalteten Vermögen von 1,5 Mrd. US-Dollar investiert in sozial bewusste Unternehmen, die unter anderem Lebensmittelabfälle recyceln und Medikamente zur Behandlung von Durchfall bei benachteiligten Kindern entwickeln. »Uns geht es nicht nur allein um unseren Fußabdruck, sondern auch darum, einen positiven Fußabdruck zu hinterlassen«, schrieb Cogut 2018.

Im Mai 2012 gründete Pegasus die Firma Sustainable Luxury Mauritius Ltd. mit einem Postfach in der sogenannten »Ebene«, dem Technologiezentrum der Insel. Die neue Firma gehörte einem Unternehmen von den Britischen Jungferninseln, dessen Besitzer den Dokumenten zufolge Cogut persönlich war. Sustainable Luxury, das keine Mitarbeiter hatte, erhielt gemäß der durch die Anwaltskanzlei Conyers vermittelten Verträge Management-Einnahmen und Gebühren für die Verwendung des Six Senses-Logos in Hotels und Wellnesseinrichtungen auf der ganzen Welt.

Als auf Mauritius ansässige Firma konnte Sustainable Luxury vom extrem niedrigen und effektiven Höchstkörperschaftsteuersatz des Landes von drei Prozent profitieren. Die Firma beantragte – und erhielt – auch einen Sonderstatus von der mauritischen Regierung, mit dem sie von Steuerabkommen zwischen Mauritius und Ländern profitieren konnte, in denen Six Senses über Resorts und Hotels verfügte. Die Verträge ermöglichen es Unternehmen, gemeinsame Steuern auf grenzüberschreitende Zahlungen, einschließlich Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren, zu senken oder ganz zu vermeiden.

Sustainable Luxury hat Oman unter elf Ländern aufgelistet, in denen das Unternehmen investiert und sich um einen Sonderstatus und ein von der mauritischen Regierung ausgestelltes Dokument bemüht hat, so das Protokoll der Vorstandssitzung von Sustainable Luxury. Dieses Dokument würde es dem Unternehmen ermöglichen, die Steuern zu senken, die an Länder auf der ganzen Welt zu zahlen sind, die Abkommen mit Mauritius unterzeichnet haben. Die durchgesickerten Dateien sagen allerdings nicht aus, ob das Unternehmen das Dokument jemals erhalten hat.

Das Verschieben von Geld zwischen Steueroasen zur Vermeidung lokaler Steuern deckt sich jedenfalls nicht mit der Idee der »Fürsorge für Gastgeber und lokale Gemeinschaften«, wie es in der Unternehmensliteratur heißt, so Linda Ambrosie, Forscherin an der University of Calgary im kanadischen Alberta, gegenüber dem ICIJ.

»Nachhaltig? Pffff«, spottet Ambrosie, Autorin von »Sun and Sea Tourism: Fantasy and Finance of the All-Inclusive Industry«. Ihre Studie zeigt auf, wie Kreuzfahrtschiffe und die multinationale Reise- und Ferienindustrie in der Karibik Steuern vermeiden und gleichzeitig ihre vermeintlichen Beiträge zu Beschäftigung, öffentlichen Einnahmen und Umweltschutz über den grünen Klee loben. »Nachhaltigkeit ist in erster Linie eine Frage von Steuern«, sagt sie, »denn was immer man versucht, um ein Reiseziel nachhaltiger zu gestalten, braucht Steuern, um es zu bezahlen. Das gilt für die Süßwasserversorgung genauso

wie für gute Straßen.« Weder Pegasus noch Cogut haben auf die Bitte um Stellungnahmen reagiert.

Vom Zuckerrohr zur Briefkastenfirma

Mauritius, für lange Zeit im Besitz der Niederländer, Franzosen und dann der Briten, war jahrhundertlang eine arme Agrargesellschaft mit einer Wirtschaft, die hauptsächlich auf Zuckerrohr basierte. Seine wirtschaftlichen Aussichten schienen durch seine Lage, 1.250 Meilen östlich der afrikanischen Küste, und seine winzige Größe, die kleiner als Rhode Island war, für immer begrenzt. Doch dann brachte Rama Sithanen in den frühen 90er-Jahren eine Idee vor.

Der damalige Finanzminister der Insel stellte fest, wie Luxemburg, die Schweiz, Hongkong und andere, weniger bekannte Länder zu Finanzmächten herangewachsen waren, indem sie als steuergünstige Tore zu wohlhabenden Nationen in der Nähe dienten. Er hatte für Mauritius Ähnliches vor, es sollte sich als stabile, korruptionsfreie Brücke nach Afrika und in andere weniger entwickelte Regionen anbieten. »Das Potenzial besteht darin, neue Wege zu gehen und nach neuen Märkten zu suchen«, argumentierte er 1992 vor dem mauritischen Parlament und trieb einen Gesetzentwurf voran, der die ersten Briefkastenfirmen der Insel ermöglichen und es einigen Unternehmen erlauben würde, keine Steuern auf Gewinne und Kapitalerträge zu zahlen.

Foto: Suradeach Seatang / dreamstime.com



Ein Parlamentskollege nannte den Gesetzentwurf »ein wunderbares Steuerinstrument«. Ein Oppositionsmitglied erhob Einwände und sagte, der Gesetzentwurf würde zumindest den Anschein erwecken, als würde Mauritius auf Kosten der ärmeren Nachbarn Gewinne machen. »Es ist eine harte Welt«, entgegnete ein anderer Minister, um das Gesetz zu verteidigen. »Wir dürfen keine Zeit verlieren.«

Innerhalb weniger Wochen nach Verabschiedung des Gesetzes waren Mauritius-Beamte auf Marketingreisen nach Asien unterwegs. Im ersten Jahr des Gesetzes wurden zehn Offshore-Gesellschaften auf Mauritius gegründet. Zwei Jahre später waren es bereits mehr als 2.400.

Steuerabkommen greifen um sich

Ein wichtiger Teil der Strategie der Insel: möglichst viele Steuerabkommen. Bereits in den 1920er Jahren wurden »Doppelbesteuerungsabkommen« verabschiedet, um Unternehmen mit internationaler Geschäftstätigkeit davor zu schützen, für dieselbe Transaktion doppelt besteuert zu werden. Zwei Nationen einigten sich schlicht darauf, einen Steuersatz unter sich aufzuteilen. Um Investitionen zu fördern, schränkten Steuerabkommen auch den Steuersatz ein, den Regierungen für bestimmte grenzüberschreitende Transaktionen ansetzen konnten.

Zur Blütezeit des Welthandels nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu immer mehr Steuerabkommen; eine zweite Welle kam während der Dekolonisierungsprozesse in den 1960er- und 1970er-Jahren. Unter dem Dach der westlich dominierten »Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung« drängten die reichen Staaten auf Verträge, mit denen der größte Teil der Steuereinnahmen an sie selbst ging und nicht an die ärmeren Länder, in denen die Geschäftstätigkeit stattfand.

Beamte in einigen Entwicklungsländern stellten früh fest, dass das System gegen sie gerichtet war. Sie beklagten, dass westliche Unternehmen ihre Einnahmen aus den Entwicklungsländern verlagerten, indem sie die an das Heimbüro gezahlten »Ausgaben« und »Gebühren« aufblähten und so das lokale steuerpflichtige Einkommen reduzierten. »Sie haben jeden Ngwee [Penny] aus Sambia herausgenommen«, den sie dem Land in Steuern schuldeten, zürnte 1973 der sambische Präsident Kenneth Kaunda.

Die Entwicklungsländer glaubten, sie müssten Verträge abschließen, um ausländische Investitionen anzuziehen,

auch wenn dies bedeutete, auf Steuereinnahmen zu verzichten, mit denen sonst Bildung, Gesundheitsversorgung und andere wichtige staatliche Dienstleistungen finanziert werden könnten. Viele Experten sagen, dass Verträge oft gar nicht nötig sind. Westliche Regierungen können das Problem der Doppelbesteuerung lösen – und tun dies oft auch –, indem sie inländischen Unternehmen bei Auslandsaktivitäten Kredite oder andere Erleichterungen gewähren.

Hilfe von den Armen an die Reichen

Bereits 1974 warnte eine wissenschaftliche Arbeit, dass die geltenden Verträge tatsächlich »Hilfe in umgekehrter Richtung – von armen zu reichen Ländern« darstellten. Dennoch stieg die Zahl der Verträge in den 90er-Jahren erneut an, als westliche Unternehmen und ihre Befürworter in internationalen Institutionen sie als Voraussetzung für die Gewinnung ausländischer Investitionen propagierten. In der Zwischenzeit sahen einige Steuer-oasen ihre Chance, senkten ihre Steuersätze, ermutigten

Die Leute wussten nicht einmal, wo Mauritius liegt. Die Menschen haben Mauritius mit den Malediven und Malta verwechselt ... viele kleine Inseln beginnen mit dem Buchstaben M. – Nishith Desai

die Unternehmen, in ihren Ländern ihren Hauptsitz einzurichten, und förderten Steuerabkommen, um die Zahlung von Steuern zu vermeiden.

Für Mauritius kam in den frühen 90er Jahren ein großer Durchbruch, als ein unternehmungslustiger Anwalt in Mumbai entdeckte, dass ein damals ruhendes Steuerabkommen zwischen Indien und Mauritius aus dem Jahr 1982 es seinen westlichen Kunden ermöglichen würde, Steuern sowohl in den USA als auch in Indien zu vermeiden. Westliches Geld floss in den neu liberalisierten indischen Markt, nachdem es zuerst Mauritius passiert hatte.

»Der Erfolg hat viele Väter«, sagt die Juristin Nishith Desai in einem Interview mit ICIJ. »Die Leute wussten nicht einmal, wo Mauritius liegt. Die Menschen haben Mauritius mit den Malediven und Malta verwechselt ... viele kleine Inseln beginnen mit dem Buchstaben ,M.«

Überschwängliche Pressemitteilungen und Nachrichtenartikel deuteten darauf hin, dass Mauritius auf dem besten Weg war, das Hongkong oder Singapur des Indischen Ozeans zu werden. »Wir vermeiden komplizierte Steuerbürokratie«, sagte ein Fondsmanager 1994 gegenüber der Financial Post von Toronto.

Mauritius führte einen pauschalen Körperschaftsteuersatz von 15 Prozent mit ausländischen Steuergutschriften ein, der zu einem effektiven Steuersatz von drei Prozent führen kann. Zudem führte der Inselstaat die Global Business Licence 1 ein, mit der Unternehmen mit Niederlassungen an anderen Standorten steuerlich auf Mauritius »ansässig« sein und die niedrigen Steuersätze zahlen können. Es folgten Dutzende von Steuerabkommen mit Ländern auf der ganzen Welt, darunter 15 in Afrika südlich der Sahara.

In letzter Zeit jedoch fallen Steuerabkommen zusehends in Ungnade. Ein wachsender Chor von Regierungsbeamten, Wissenschaftlern und internationalen Institutionen ist zu dem Schluss gekommen, dass die Verträge dafür verantwortlich sind, lebenswichtige Steuereinnahmen aus den ärmsten Ländern der Welt abzuschöpfen, und die globale Vermögensungleichheit antreiben.

Untersuchungen zu 28 mit den Niederlanden unterzeichneten Verträgen zeigen, dass diese ärmeren Ländern zusammengenommen Steuerverluste von mindestens 1 Milliarde US-Dollar pro Jahr und wahrscheinlich noch viel mehr kosten. Eine weitere Studie ergab, dass 40 Verträge, die Belgien mit ehemaligen afrikanischen Kolonien und anderen Ländern abgeschlossen hat, sie 2012 insgesamt 44 Millionen US-Dollar kosteten, während die Investitionen nur im bescheidenen Umfang stiegen. Studien in Österreich, Finnland, der Schweiz und Dänemark haben ebenfalls gezeigt, dass Verträge die Steuervermeidung in ärmeren Ländern verschärfen.

Bis 2013 konnte laut den Vereinten Nationen fast die Hälfte aller ausländischen Investitionen in Indien auf Unternehmen in Mauritius zurückgeführt werden. Gemäß Vertrag hatte Indien Mauritius das alleinige Recht eingeräumt, Kapitalgewinne zu besteuern, wenn ein mauritisches Unternehmen Anteile an einem indischen Unternehmen verkaufte. Das Problem? Mauritius besteuert keine Kapitalgewinne, was bedeutet, dass Unternehmen solche Steuern in beiden Ländern vermeiden.

In einer Studie aus dem Jahr 2018 nannte Tsilly Dagan, eine israelische Rechtsprofessorin, die allgemeine Rechtfertigung für Steuerabkommen einen reinen »Mythos«. »Entwicklungsländer... müssen mehr opfern, um Mitglied im ‚Treaty Club‘ zu werden.«

Ärmere Länder drängen zurück

Einige Länder haben versucht, sich zu wehren, aber es ist nicht einfach. Nachverhandlungen können Jahre dauern. Politische Führer versuchen oft, die diplomatischen Auswirkungen zu vermeiden. Südafrika unterzeichnete einen neuen Vertrag mit Mauritius, das zunächst die Forderungen Südafrikas zur Änderung des Textes von 1997 ignorierte und sich dann jahrelang widersetzte, so die Beteiligten. Westliche Konzerne drängten das südafrikanische Parlament, die Neuverhandlung abzulehnen, und drohten, ihre Offshore-Tätigkeiten nach Dubai zu verlegen. Der neue Vertrag trat 2015 in Kraft. »Der alte Vertrag hat den Laden im Grunde genommen verschenkt«, sagte Lutando Mvovo, ein ehemaliger südafrikanischer Finanzbeauftragter, der an den Verhandlungen teilgenommen hatte.

Jahrelang haben aufeinanderfolgende indische Regierungen die Rechtmäßigkeit des Mauritius-Vertrags von 1982 in Frage gestellt. Und sie verloren weiter. In einem wegweisenden Fall aus dem Jahr 2012 entschied der indische Oberste Gerichtshof, dass das Finanzamt die Übernahme eines indischen Konkurrenten durch eine mauritisches Unternehmen im Wert von elf Milliarden US-Dollar durch den britischen Telekommunikationsriesen Vodafone nicht in Frage stellen könne. Die Entscheidung kostete Indien 2,2 Milliarden US-Dollar an Steuerverlusten. Es brauchte 20 Verhandlungsrunden über 20 Jahre, bis Indien Mauritius 2016 endlich dazu bringen konnte, die missbräuchlichen Bestimmungen des ursprünglichen Vertrags von 1982 zu beseitigen, sagte ein indischer Beamter dem ICIJ.

In separaten Interviews bezeichneten auch Steuerbeamte in Ägypten, Senegal, Uganda, Lesotho, Südafrika, Simbabwe, Thailand, Indien, Tunesien und Sambia ihre jeweiligen Verträge mit Mauritius als lähmend. »Persönlich bedauern wir die Unterzeichnung des Vertrages«, sagte Setsoto Ranthocha, ein Beamter der Lesotho Revenue Authority, der jetzt an einer Neuverhandlung beteiligt ist. Lesothos Vertrag mit Mauritius stammt aus dem Jahr 1997. »Die



Lichtfigur mit Schattenseiten: Bob Geldof. Foto: Mark Kent / cc: by-sa

Unternehmen sind die Gewinner«, sagte Ranthocha. »Es macht mich verrückt.«

Namibia überprüft seinen Vertrag mit Mauritius, teilten Beamte dem ICIJ-Partner »The Namibian« mit. Im März 2019 hat das Oberste Gericht Kenias den Vertrag des Landes mit Mauritius aus technischen Gründen abgelehnt. Tax Justice Network Africa hatte die Beschwerde eingereicht und argumentiert, der Vertrag ermögliche es Unternehmen, missbräuchlich Geld aus Kenia »abzuschöpfen«.

Im Juni kündigte Senegal an, es werde versuchen, sein Steuerabkommen mit Mauritius zu kündigen, denn es habe über 17 Jahre 257 Millionen US-Dollar gekostet. »Es ist für Senegal der ungleichste Vertrag von allen Verträgen, die wir je unterzeichnet haben«, sagte Magueye Boye, Steuerinspektor und Verhandlungsführer für den Senegal-Vertrag. Es ist eine »enorme Pipeline zur Steuerermeidung«, meinte er. Ein weiteres Land, das seinen Vertrag mit Mauritius überprüft, ist Uganda.

Bob Geldof in Afrika

Im Juli 1984 erlebte Bob Geldof die entsetzliche Hungersnot, die Äthiopien damals heimsuchte, und kehrte nach Hause zurück, um gemeinsam mit Phil Collins, Boy Geor-

ge, Bono und mehr als ein Dutzend anderer Rockstars das frische komponierte Lied »Do They Know It's Christmas« aufzunehmen. Es wurde zu einem der meistverkauften Hits aller Zeiten. »Und in unserer Welt des Überflusses können wir ein Lächeln der Freude verbreiten«, sangen sie. 1985 lancierte Geldof das Live Aid-Konzert der Top-Rockstars in London und Philadelphia, das mehr als 140 Millionen US-Dollar für die Hungerhilfe einbrachte. Im nächsten Jahr wurde er im Alter von 34 Jahren zum Ehrenritter geschlagen.

Geldof hat sich auch weiter öffentlich für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas eingesetzt. 2004 gründete er zusammen mit dem damaligen britischen Premierminister Tony Blair eine Kommission zur Bekämpfung der Armut für Afrika, die sich Uganda als besonderen Fall von Seuche und Elend annahm. In einem Interview erörterte Geldof später die Bedeutung des Wachstums kleiner und mittlerer Unternehmen und einer wachsenden Mittelschicht auf dem Kontinent. »Sobald der Staat ein angemessenes Einkommen besteuern kann, kann er den Zusammenhalt fördern, kann seine Polizei, seine Gerichte, seine Armee bezahlen«, sagte er.

2008, zwei Jahrzehnte nach Live Aid, war Geldof Mitbegründer von »8 Miles«, einer auf Afrika ausgerichteten Private-Equity-Firma, die eine Mehrheitsbeteiligung an der ugandischen Hühnerfarm erwarb. Benannt nach der kürzesten Entfernung zwischen Europa und Afrika in Gibraltar, erklärte das Unternehmen, es ziele darauf ab, »verbesserte ökologische, soziale und Governance-Ergebnisse bei der Gründung marktführender afrikanischer Unternehmen zu erzielen«.

Auf seiner Website erklärt das gewinnorientierte Unternehmen, es wolle »zur wirtschaftlichen Entwicklung der Länder beitragen, in die der Fonds investiert«. Es fördert Investitionen in »Unternehmen, die Afrika inspirieren«, und hofft laut einem vertraulichen Memorandum, den Anlegern erhebliche Renditen zu bringen. 8 Miles hat die von den Vereinten Nationen unterstützten Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investieren unterzeichnet, die Unternehmen verpflichten, Umwelt-, Sozial- und anderen Unternehmensstandards einzuhalten.

In einem bei den britischen Aufsichtsbehörden eingereichten Jahresfinanzbericht heißt es jedoch, das »Hauptziel« bestehe darin, »Kapitalwachstum und Kapitalgewinne zu erzielen«. Der Fonds hat rund 150 Mio. US-Dollar aufgenommen und investierte bis 2017 fast alles in acht Unternehmen, wie einem in Großbritannien eingereichten Jahresabschluss von 8 Miles für das betreffende Jahr zu entnehmen ist.

8 Miles hat sich an einem äthiopischen Weinproduzenten, einer ugandischen Bank und einem ägyptischen Hersteller von Harzen für Lacke, Firnisse und Kunststoffe beteiligt. Zu den Investitionen im Jahr 2014 gehörten neun Mio. US-Dollar an Biyinzika Poultry International Ltd., Ugandas führendem Hühnerproduzenten. Der Name des Unternehmens bedeutet: »Bei Gott ist alles möglich.«

Durchgesickerte Aufzeichnungen von Conyers Dill & Pearman zeigen, dass 8 Miles Tausende von US-Dollar für Beratung und Dienstleistungen ausgegeben hat, mit denen Steuern gesenkt werden können. Die Berater haben wiederholt Steuerfragen angesprochen, darunter auch Diskussionen über Anlageinstrumente, die aus »steuerlichen Gründen« vorzuziehen sind, wie aus E-Mails hervorgeht.

In einem Geschäftsplan von März 2013 schrieben die Mitarbeiter von Conyers unter »steuerlichen Aspekten«, dass für die Partnerschaft »möglicherweise eine steuerliche

Wohnsitzbescheinigung erforderlich ist«, um »vom Netzwerk der Doppelbesteuerungsabkommen zu profitieren«. Vier der sieben afrikanischen Länder, in denen die Fondsgesellschaften tätig sind, hatten zum Zeitpunkt der Anlage des Fonds ein Steuerabkommen mit Mauritius.

Die Partnerschaft gründete schließlich eine mauritische Verwaltungsgesellschaft, Eight Africa Management (Mauritius) Ltd., die gemäß dem Jahresbericht von 8 Miles 2017 eine Global Business License erhielt und für mauritische Steuersätze in Frage kam.

Der Sprecher von 8 Miles erklärte gegenüber ICIJ: »Die Unternehmen, in die wir investieren, zahlen alle Steuern in ihrer Heimatgemeinde in Afrika.« Der Verkaufserlös werde erst nach dem Verkauf eines Unternehmens an Mauritius zurückgezahlt. Der Fonds lehnte es ab, Finanzberichte aus Mauritius zur Verfügung zu stellen, in denen Verwaltungsgebühren und andere Geldflüsse aufgeführt sind. Laut 8 Miles sind Steuerabkommen »eine Angelegenheit zwischen den Regierungen, die diese Abkommen unterzeichnen, und wir halten uns an solche Abkommen, wir schließen sie aber nicht ab.«

Laut Ugandas Steuerbeamten grassiert der Missbrauch des Abkommens mit Mauritius durch Unternehmen. Im Dezember 2018 entsandte Uganda vier Beamte nach Mauritius, um das Abkommen neu zu verhandeln. Doch die mauritischen Beamten wehrten sich gegen Änderungen der problematischsten Elemente des Vertrags. »Es ist ein sehr schlechter Vertrag«, sagte ein ugandischer Steuerbeamter dem ICIJ. »Viele Probleme.«

Kampf um Steuerhinterziehung

Als 8 Miles Offshore-Beratung wünschte, wandte es sich an den Mauritius-Zweig von Conyers Dill & Pearman. Reginald Conyers, ein Sprecher des Inselparlaments und ein erstklassiger Cricketspieler, hat das Unternehmen 1928 auf den Bermudas als weltweit erste Offshore-Gesellschaft gegründet. Die »befreite« Bermuda-Gesellschaft (die nicht den Anforderungen lokaler Unternehmen unterliegt) kam Mitgliedern der US-amerikanischen Adelsfamilie, Erben des Bonbonvermögens von Lifesavers, zugute.

In einer 1998 veröffentlichten Abhandlung der Geschichte von Conyers wird ein Anwalt zitiert, der einen typischen Mandanten als jemanden bezeichnet, »der lieber 10.000 US-Dollar für gesetzliche Rechnungen ausgeben würde,

als 5.000 US-Dollar an Uncle Sam zu zahlen.« In den Dokumenten der Mauritius Leaks finden sich Unternehmen aus den USA, Europa und Asien sowie einheimische afrikanische Investoren unter den Kunden von Conyers.

In einem Abschnitt, der bei seiner Einreichung 2017 bei einem Wettbewerb für Anwaltskanzleien als »nicht zur Veröffentlichung« gekennzeichnet war, listet Conyers acht vertrauliche Kunden auf. Einer der acht war die Industrial and Commercial Bank of China, die Conyers bei der Vergabe eines Darlehens von drei Mrd. US-Dollar an die MTN Group, Afrikas größtes Mobilfunkunternehmen, beraten hatte. Conyers sagte auch, es habe die Fusion von zwei Gas- und Maschinenbauunternehmen im Wert von 65 Mio. US-Dollar vorangetrieben. Begleitet wurde diese besondere Offenlegung von folgender eindringlicher Erklärung: »Die Beteiligung von Conyers an dieser Angelegenheit ist streng vertraulich (wie jede mauritische Verbindung).« In den Dokumenten finden sich keine Anhaltspunkte dafür, dass es sich bei diesen Transaktionen um Steuervermeidung handelt.

2017 haben die drei Direktoren von Conyers, Sameer Tegally, Ashvan Luckraz und Sonia Xavier, die Vermögenswerte von Conyers auf Mauritius gekauft. Sie benannten die Geschäftsführung in Venture Corporate Services und die Anwaltskanzlei in Venture Law Ltd. um. Im Rahmen des Verkaufs schlug eine lokale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den Direktoren drei Wege vor, um die auf den Verkauf in Mauritius gezahlten Steuern zu vermeiden oder zu senken. Die drei Direktoren beantworteten keine Fragen, auch nicht, ob sie die Steuerberatung befolgten oder nicht.

Wo es Steueroasen gibt, da gibt es auch die vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. KPMG, PricewaterhouseCoopers, Deloitte und EY – sie alle haben Niederlassungen auf Mauritius.

2015 beriet KPMG die Ubongo Group, Afrikas größten Produzenten von Bildungsprogrammen für Kinderfernsehen, dessen Sendungen 11 Millionen Haushalte in 31 Ländern erreichen. Eine Expansion vor Augen, prognostizierte das in Tansania ansässige Unternehmen nach einem Finanzmodell eine 35-fache Umsatzsteigerung innerhalb von sechs Jahren.

KPMG beriet laut einem Ubongo-Planungsdokument über die »wirtschaftlichen Möglichkeiten, mit denen



KPMG-Niederlassung in Mauritius. Foto: google

Ubongo Mauritius Gewinne aus Ubongo Tansania ziehen kann«. Ein Vorschlag von KPMG war, dass die Tochtergesellschaft auf Mauritius dem tansanischen Unternehmen Geld leiht, damit das zur Rückzahlung des Kredits verwendete Geld in Mauritius mit drei Prozent statt mit 30 Prozent in Tansania besteuert wird.

Ubongo teilte dem ICIJ mit, es habe den Rat von KPMG über die Wachstumschancen in Afrika in Anspruch genommen, die Pläne oder Empfehlungen aber nicht umgesetzt. »Wir haben die Investitionsrunde abgesagt, bevor wir Gelder erhalten haben, und uns stattdessen als gemeinnützige Organisation neu registriert, um unsere Finanzierung und Struktur besser an unserer Mission auszurichten«, so Ubongo. KPMG äußerte sich nicht zu Einzelheiten, sagte jedoch, ihre Steuerfachleute handelten rechtmäßig und integer.

»Keine schändliche Agenda«

Die Steuervorteile von Mauritius erfreuen sich bei afrikanischen wie bei ausländischen Eliten großer Beliebtheit. Patrick Bitature besitzt Telekommunikations-, Energie-, Medien- und Hotelunternehmen in ganz Uganda. Bitature

ture, einer der reichsten Männer Ugandas, der einst im Vorstand von einem Drittel der Unternehmen an der Kampala-Börse saß, stand dem autoritären Präsidenten Ugandas, Yoweri Museveni, nahe, so die angesehene Nachrichtenagentur »The Indian Ocean Newsletter«. Er ist auch Mehrheitseigner von Electro-Maxx, dem größten Wärmekraftwerk Ugandas in Tororo im Osten des Landes. Es ist das erste in afrikanischem Besitz befindliche und finanzierte Unternehmen, das Strom auf dem Kontinent produziert.

2011 schlug die Investmentgesellschaft African Frontier Capital LLC eine Investition in Höhe von 17,5 Mio. US-Dollar in Electro-Maxx vor, die laut Protokoll des African Frontier Board über eine neu gegründete mauritische Gesellschaft namens African Frontier I LLC abgewickelt wurde. Der Vorschlag beinhaltete ein persönliches Darlehen in Höhe von 2,5 Mio. US-Dollar an Bitature. Im Protokoll der Gesellschaft vom Juni 2011 heißt es auch, dass jedes Jahr eine Steuerbescheinigung beantragt werden soll, um vom Steuerabkommen zwischen Uganda und Mauritius zu profitieren.

Robert Mwanyumba, ein auf Ostafrika fokussierter Steuerexperte, geht davon aus, dass das Unternehmen bei Nutzung des Vertrags mit Mauritius statt des 30-prozentigen Steuersatzes von Uganda den niedrigen Körperschaftsteuersatz angerechnet bekommen hat. Bitature bestätigte die Existenz einer »bona fide«-Transaktion. Die Verwendung eines Steuerabkommens sei eine Frage für African Frontier, das keinen Kommentar zu diesem Thema abgab.

Gegenüber dem ICIJ-Medienpartner »The Daily Monitor« erläuterte Bitature, Electro-Maxx habe eine externe Fi-

nanzierung gesucht, wenn es kein Geld für ein neues Projekt beschaffen konnte. »Die Transaktion wurde gemäß den Bestimmungen der Steuergesetze durchgeführt und vollständig in Steuererklärungen berücksichtigt, die an die ugandische Steuerbehörde weitergegeben wurden«, meinte er. »Alle Steuern, wenn überhaupt«, seien bezahlt worden, sagte Bitature: »Es gab absolut keine schändliche Agenda.«

African Frontier Capital beendete 2014 über das mauritische Unternehmen African Frontier I seine Beteiligung an Electro-Maxx. Es habe sich, so wurde dem ICIJ erläutert, bei der Investition um eine »völlig marktübliche Transaktion« gehandelt, die den Gesetzen der beteiligten Länder voll und ganz entsprochen habe.

Unter Druck

Nach jahrelangen Beschwerden seiner Vertragspartner und unter dem Druck internationaler Institutionen hat Mauritius die Steuergesetze seines Offshore-Sektors im Januar 2019 endlich überarbeitet. Die Global Business License 1, die Form einer Briefkastenfirma, die ärmere Länder als ausbeuterisches Instrument zur Steuervermeidung angeprangert hatten, wurde gestrichen. Mauritius verlangt nun von den Investoren, dass sie über angemessenes lokales Personal verfügen und Geld auf der Insel ausgeben, das die Aktivitäten eines echten Büros widerspiegelt – bekannt als »enhanced substance« –, um von Steuerabkommen oder niedrigen Steuersätzen zu profitieren. Shell-Gesellschaften gehören der Vergangenheit an, versichert Mauritius Außenstehenden.



Ein Parlamentarier bedauerte die neuen Vorschriften und beschuldigte die von ICIJ und anderen durchgeführten Recherchen zu den Panama und Paradise Papers, den Ruf der Offshore-Industrie beschädigt zu haben. »Auf Druck der OECD und der Europäischen Union, die im Grunde nur ein Interesse daran haben, ihre Bürger und Unternehmen weiter zu besteuern, hat Mauritius einmal mehr den Kotau gemacht«, beklagte der Abgeordnete Mohammad Reza Cassam Uteem.

Unternehmen, Fondsmanager und Steuerberater warnen davor, dass die Änderungen Mauritius für Investitionen weniger attraktiv machen würden. Andere wiederum gehen davon aus, dass es sich bei den Reformen um kaum mehr als um Box-Checks handelt, die das Land von den internationalen schwarzen Listen fern halten sollen. Mauritius, so sagen sie, habe bereits Wege gefunden, um weiterhin Möglichkeiten zur Steuervermeidung zu bieten.

Die Insel stimmte beispielsweise nur widerwillig einer Vorschrift zu, die es einem mauritischen Vertragspartner erlaubt, einem multinationalen Konzern, der in Mauritius mit dem »Hauptzweck« der Nutzung dieser Vorteile eröffnet, Steuervergünstigungen zu verweigern. Experten gehen davon aus, dass ärmere Länder selten in der Lage sein werden, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen: Die Verweigerung von vertraglichen Vorteilen für ein Unternehmen erfordert technische, finanzielle und politische Ressourcen, über die ein Entwicklungsland kaum verfügt.

Sol Picciotto, emeritierter Professor an der Law School der Lancaster University in England, sagte über Mauri-

tius: »Sie machen das Spiel mit, um nicht als unkooperativ verschrien zu werden, aber sie können innerhalb der Grauzonen der Regeln manövrieren. Sie können sagen, dass sie nach Vorschrift handeln, aber das Buch ist voller technischer Tricks, und Mauritius hat einige sehr erfahrene Techniker.«

In diesem Jahr hat der Steuerbeauftragte von Lesotho, Setsoto Ranthocha, mit Mauritius über den Abschluss eines Vertrags verhandelt. Er habe seinem Land viel Geld gekostet. »Sie sind harte Verhandlungsführer«, sagte Ranthocha über seine mauritischen Amtskollegen. »Sie wissen, was sie tun.«

Unterdessen strebt Mauritius mit 16 afrikanischen Staaten neue Verträge an, um seine Abdeckung auf fast 60 Prozent des Kontinents zu bringen.

Will Fitzgibbon, ICIJ; 23. Juli 2019

An der Recherche beteiligt waren:

Dean Starkman, Richard H.P. Sia, Fergus Shiel, Tom Stites, Joe Hillhouse, Delphine Reuter, Antonio Cucho, Emilia Diaz-Struck, Amy Wilson-Chapman, Gerard Ryle, Hamish Boland-Rudder, Miguel Fiandor Gutiérrez, Karrie Kehoe, Shinovene Immanuel, Lazarus Amukeshe, Ritu Sarin, Simon Mkina, Frederic Musisi, Tabu Butagira, Axcel Cheney, Jeremy Merrill and John Keefe.

Übersetzung: Daniel Düster

<https://www.icij.org/investigations/mauritius-leaks/>



Endlose Steuerskandale?

Auszüge aus einer Stellungnahme von Oxfam



Oxfam-Aktivist*innen protestieren gegen Steueroasen. Foto: Andy Hall/Oxfam

Steueroasen wie Mauritius befeuern die Krise der Ungleichheit in Afrika, indem sie es multinationalen Konzernen und Superreichen ermöglichen, sich der Zahlung ihres gerechten Steueranteils zu entziehen. Armen Ländern gehen etwa 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr an Steuereinnahmen durch Steuervermeidungsstrategien multinationaler Konzerne und mehr noch durch den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Ländern verloren.

Obwohl die Daten schwer zu bekommen sind, sagt das Forschungsinstitut New World Wealth (das den AfrAsia Bank Africa Wealth Report veröffentlicht), dass afrikanische Multimillionäre und Milliardäre sehr wahrscheinlich bis zu drei Viertel ihres Vermögens offshore versteckt haben. Daher schätzt man, dass allein aus dieser Quelle den Ländern Afrikas jährlich etwa 14 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen entgehen.

2016 hat Oxfam Mauritius als eine der 15 schlimmsten Steueroasen der Welt bezeichnet. Mauritius hat sich seinen Platz auf Oxfams »weltweit schlimmsten«-Liste verdient, weil es die extremsten Formen der Vermeidung von Unternehmenssteuern ermöglicht und den globalen Wettlauf nach unten bei der Unternehmensbesteuerung antreibt. Das Tax Justice Network Africa nannte Mauritius »eine der schädlichsten Körperschaftsteueroasen für afrikanische Länder«. Mauritius hat sich als Afrikas Offshore-Investmentzentrum der Wahl positioniert und es Konzernen ermöglicht, Millionen von Steuergeldern aus einkommensschwachen afrikanischen Ländern abzuziehen.

2017 konnte Mauritius vermeiden, auf die »schwarze Liste« der Europäischen Union für Steueroasen gesetzt zu werden: Nachdem es seine sogenannte präferenzielle Steuerregelung abgeschafft hatte, die es ausländischen Konzernen, die von Mauritius aus operierten, ermöglichte, den Großteil ihrer Gewinne dort zu verbuchen und somit viel weniger Steuern zu zahlen, fand es sich 2018 auf der »graue Liste« der Steueroasen wieder. Mauritius führte später jedoch neue Regeln ein, die es Unternehmen erlauben, nur 20 Prozent ihres ausländischen Einkommens zu versteuern, so dass 80 Prozent völlig steuerfrei sind, und senkte in Anbetracht des lokal üblichen Körperschaftsteuersatzes von 15 Prozent diesen effektiven Steuersatz auf nur 3 Prozent. Die EU-Regierungen haben die von Mauritius vorgenommenen Änderungen nicht akzeptiert. Auf ihrem Treffen im Februar 2019 erklärten die EU-Finanzminister die Reformen für nicht ausreichend und die neuen Regeln für »potenziell schädlich«. Sie behielten Mauritius auf ihrer grauen Liste der Steueroasen und gaben dem Land bis Ende 2019 Zeit, seine Steuervorschriften zu ändern, was Mauritius erneut zusagte.

Obwohl Mauritius auf der grauen Liste der EU steht, schadet es weiterhin anderen Ländern und vergrößert die Ungleichheit, weil es die Steuerflucht multinationaler Konzerne erleichtert. Die EU-Regierungen haben auch mehrere andere Steueroasen vom Haken gelassen, obwohl Reformen, die diese Länder einführten, um der schwarzen Liste zu entkommen, ineffektiv sind oder eher schaden als nützen. Darüber hinaus sind die Kriterien der EU zur Identifizierung von Steueroasen und das Verfah-

ren zur Überprüfung von Ländern zu schwach, was die Glaubwürdigkeit des gesamten Prozesses der schwarzen Liste gefährdet.

Wie die internationale Steuerordnung fit für eine faire Zukunft gemacht werden kann, hat Oxfam in einem Fünf-Punkte-Plan skizziert.

1. Vereinbarung neuer weltweiter Steuervorschriften in den von der OECD geführten Verhandlungen im Rahmen des Mandats der G20 zur Gewährleistung einer gerechten Besteuerung von Konzernen. Dazu gehört die Einführung eines weltweiten effektiven Mindeststeuersatzes, der auf einem ambitionierten Niveau festgelegt und ausnahmslos von allen Ländern angewandt wird. Dies würde den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Ländern stoppen und Anreize für Profitverlagerungen beseitigen – und damit Steueroasen effektiv außer Betrieb setzen. Damit wäre der Beginn einer neuen Steuerära markiert, in der arme Länder in der Lage sind, ihren gerechten Anteil an den Steuereinnahmen von Konzernen einzufordern und Zugang zu den Mitteln zu erhalten, die sie zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit benötigen.

2. Die Entwicklungsländer sollten ihre Steuerrechte nicht aufgeben. Viele Abkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beinhalten unfaire Steuerbedingungen für Entwicklungsländer. Steuerabkommen sind Abkommen zwischen zwei Ländern, die unter anderem festlegen, welches Land die Besteuerungsrechte für ein ausländisches Unternehmen hat. Steuerabkommen zwischen Ländern mit niedrigem und höherem Einkommen weisen dem Land mit höherem Einkommen in der Regel ungerechtfertigterweise mehr Besteuerungsrechte zu und stellen sicher, dass Gelder unbesteuert von armen Ländern in Länder mit hohem Einkommen fließen. Viele Verträge führen dazu, dass multinationale Konzerne bestimmte Arten von Steuern in gar keinem Land zahlen. Die Regierungen der armen Länder können ihre Steuerbasis vor Erosion schützen, indem sie ihre Steuerabkommen überarbeiten oder aufheben, Quellensteuern einführen und strenge Regeln zur Bekämpfung von Steuermisbrauch einführen.

3. Beendigung der Geheimhaltung von Unternehmenssteuern, indem sichergestellt wird, dass alle multinationalen Konzerne für jedes Land, in dem sie tätig sind, Finanzberichte veröffentlichen. Die aktuelle OECD-Initiative zur länderbezogenen Berichterstattung bleibt weit

hinter den Erwartungen zurück, da sie nicht alle multinationalen Konzerne abdeckt und die Unternehmen nicht verpflichtet, ihre Finanzberichte öffentlich zugänglich zu machen. Das bedeutet, dass arme Länder keinen Zugang zu den Informationen haben, die sie bräuchten, um Steuerbetrug zu identifizieren. Strengere europäische Vorschläge zur öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung von Konzernen sollten in diesem Jahr verabschiedet werden, werden aber bisher von EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland, Irland und Luxemburg blockiert. Institutionen der Entwicklungsfinanzierung sollten nur mit Unternehmen zusammenarbeiten, die eine verantwortungsvolle Steuerpolitik verfolgen, z.B. durch die Veröffentlichung von Finanzberichten für jedes Land, in dem sie Geschäfte tätigen.

4. Vereinbarung einer weltweiten schwarzen Liste von Steueroasen auf der Grundlage umfassender objektiver Kriterien und von verpflichtenden effektiven Gegenmaßnahmen, einschließlich Sanktionen. Die Regierungen müssen sich auf eine objektive weltweite Liste von Steueroasen einigen. Eine im Juli 2017 veröffentlichte schwarze Liste der OECD-G20 führt lediglich den Inselstaat Trinidad und Tobago auf. Die umfassendere Liste der Europäischen Union lässt europäische Steueroasen wie die Niederlande und Irland unberücksichtigt.

5. Stärkung der weltweiten Steuerverwaltung durch die Schaffung eines globalen Steuerorgans, in dem alle Länder auf Augenhöhe zusammenarbeiten können, um sicherzustellen, dass das Steuersystem für alle funktioniert. Die neue Runde der weltweiten Steuerverhandlungen (BEPS 2.0) ist eine historische Gelegenheit, dem schädlichen Steuerwettbewerb und der Steuervermeidung von Konzernen Einhalt zu gebieten und ein gerechteres Steuersystem aufzubauen, das allen Menschen und nicht nur wenigen Glücklichen zu Gute kommt. Auch wenn die neue Runde der weltweiten Steuerverhandlungen positive Ergebnisse bringt, ist ein umfassenderes Steuerorgan erforderlich, das die globale Governance internationaler Steuerfragen überwacht und die internationale Steuerzusammenarbeit stärkt.

Auszug aus:

Endless Corporate Tax Scandals? Oxfam's 5-point plan to build a fairer global tax system, Oxfam Media Briefing July 2019.

